



An die Vorsitzende des Ausschusses  
für die Gleichstellung von Frauen und Männern  
Frau Teresa De Bellis-Olinger

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin:

**AN/0388/2022**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	14.03.2022

**Kostenlose Toiletten in Köln für alle – unabhängig vom Geschlecht**

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Ausschusses am 14.03.2022 aufzunehmen:

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt:

1. Die Verwaltung wirkt zeitnah darauf hin, dass alle Gebühren für die Nutzung öffentlicher Toilettenanlagen in Köln entfallen. Neben den kostenlosen Urinalen stehen damit zukünftig auch die öffentlichen Sitz-Toiletten kostenlos zur Verfügung. Bereits installierte Toiletten sollen umgerüstet werden, geplante bzw. neue City-WC Anlagen (CWC) und sogenannte „Stein-auf-Stein“-Anlagen (SAS) sollen von vornherein ein kostenloses Angebot bieten.
2. Die Verwaltung wird gebeten, alle Möglichkeiten der Refinanzierung des Einnahmeausfalls in Höhe von ca. 200.000 Euro zu prüfen und umzusetzen.

Begründung:

Kritik daran, dass es in Köln allgemein zu wenige öffentliche Toilettenanlagen gibt, hat es in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gegeben, weswegen der Rat bereits am 17.12.2013 das Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln beschlossen hat. Allerdings geht aus dem Evaluierungsbericht zum Strategiepapier von 2017 hervor, dass sehr wenige feste Toilettenanlagen neu gebaut wurden – insbesondere mangelt es in Köln stark an im ganzen Jahr verfügbaren Toilettenanlagen, die von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden können. Laut Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion „Sachstand der Umsetzung des Toilettenkonzeptes Köln“ vom 21.06.2021 wurden seit dem Evaluierungsbericht nur vier neue Standorte in Betrieb genommen: Marktplatz Brück, Jahn-

wiese, Severinswall sowie Turkuplatz. Öffentliche Pissoirs wurden hingegen an vielen Stellen errichtet, um den Klagen über „Wildpinkler“ entgegenzuwirken. So kommt es, dass schon vor der Pandemie eine deutlich geringere Versorgung von öffentlichen Toiletten für Frauen und Mädchen gegenüber Jungen und Männern in Köln zementiert wurde.

Hinzu kommt, dass öffentliche Pissoirs in der Stadt Köln kostenlos genutzt werden können, jedoch für die Nutzung der öffentlichen Sitztoiletten eine Gebühr von 50 Cent erhoben wird. Dadurch werden Menschen benachteiligt, denen die Nutzung von Pissoirs nur schwer möglich ist – vor allem Frauen, aber auch Trans\* sowie intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen.

Die Verwaltung verteidigt die Einrichtung von kostenfreien Anlagen für Männer und Jungen, weil sie als ordnungspolitische Maßnahme in Kauf genommen werden müssten. Ein kostenpflichtiges Urinal würde nicht angenommen und das Problem „Wildpinkeln“ somit nicht beseitigt. Dieses Konzept habe sich bewährt, „um das persönliche Fehlverhalten in der Öffentlichkeit einzudämmen und in Teilen sogar zu verhindern“. Das heißt mit anderen Worten: Die Personen, denen die Nutzung von Pissoirs unmöglich ist, finanzieren über die einseitigen Toilettengebühren das Fehlverhalten der Männer.

Doch dadurch, dass das Problem einem spezifischen Geschlecht zugeordnet werden kann, kann nicht von einem bloß „persönlichen Fehlverhalten“ ausgegangen werden. Immerhin benachteiligt die einseitige Gebührenerhebung eine ganze Geschlechtsgruppe. Zudem kommt das Wildpinkeln bei allen anderen Geschlechtern prinzipiell auch vor. Das Vorhalten von spezifischen Männertoiletten widerspricht der tragenden Idee zur zunehmenden Einrichtung von Unisextoiletten. Diese „verwandeln“ sich dadurch tendenziell in „Alle-außer-Männer“-Toiletten.

Um die Ungleichbehandlung der Geschlechter in der öffentlichen Toilettenfrage zu beenden, nannte die Verwaltung zwei Lösungen: Die Gebührenerhebung für alle oder für niemanden. Letzteres sei deswegen problematisch, weil sich das Konzept dann nicht mehr selbst finanziere sowie Zweckentfremdungen der frei zugänglichen Räume und daraus abzuleitende Folgekosten nach sich ziehe.

Doch auch das rechtfertigt keine Ungleichbehandlung der Geschlechter. Eine berechtigte Frage ist auch, warum die öffentliche Bereitstellung von Toiletten als Finanzierungsproblem gesehen wird, statt diese als selbstverständlich und als öffentliche Daseinsvorsorge aufzufassen. Der Einnahmeausfall von rd. € 200.000 könnte zudem mit den Aufwandsersparnissen durch Wegfall des Personalaufwands zum Bereithalten, technischen Betreuen der Einnahmeautomaten und der Verwaltung und Abwicklung der Münzeinnahmen gegengerechnet werden.

Die Erhebung der Gebühr ist nach alledem nicht nur eine ungerechtfertigte Diskriminierung, sondern sie kann im schlimmsten Fall auch dazu beitragen, dass die betroffenen Personen sich aus dem öffentlichen Raum zurückziehen, auch weil es für sie sowieso schon zu wenige öffentliche Toiletten gibt.

Deshalb fordern wir die Bereitstellung von sicheren und hygienischen öffentlichen Toiletten zur kostenlosen Nutzung für alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann  
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

